

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 9038/39  
Telefax: 0228 946 ppbn d  
Telefax: 21 06 64

## Inhalt

Prof. Dr. Uwe Holtz MdB schildert die Lage im heutigen Afghanistan: Afghanistan braucht Frieden.

Seite 1

Manfred Opel MdB erinnert an die von der Industrie überholte Planung der Bundesregierung zur Einstellung der Giftmüllverbrennung auf der Nordsee: Das Wunder auf der Nordsee.

Seite 3

Willi Görlach MdEP fordert den Verzicht auf ein ungeeignetes Instrument der EG-Agrarpolitik: Statt Flächenstilllegung extensive Nutzung.

Seite 4

Thomas Schröder MdB kritisiert die Stichtagsregelung für Kinder binationaler Ehen: Bürokratisierung siegt.

Seite 5

### Dokumentation:

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Dr. Alfred Emmerlich warnt in einem Brief an den AsJ-Vorsitzenden Horst Isola vor der Wiedereinführung einer Geheimpolizei.

Seite 6

44. Jahrgang / 245

21. Dezember 1989

### Afghanistan braucht Frieden

Zum zehnten Jahrestag des sowjetischen Einmarsches

Von Professor Dr. Uwe Holtz MdB  
Vorsitzender des Bundestags-Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Nach zehn Jahren Krieg ist Afghanistan weitgehend aus den Schlagzeilen der Weltpresse verschwunden. Nur am Rande wird noch zur Kenntnis genommen, daß die „blutende Wunde“, die mit dem Einmarsch sowjetischer Soldaten am 27. Dezember 1979 aufgerissen wurde, längst nicht gestillt ist. Eine nationale Aussöhnung fand bislang nicht statt. Die Supermächte sind aufgefordert, den Frieden nicht länger mit Waffenlieferungen in das zerstörte Land zu blockieren. Der Weg zu einem friedlichen und selbstbestimmten Afghanistan muß endlich freigemacht werden. Dabei sind vor allem die gemäßigten Gruppen zu fördern.

Auch nach dem vertragsgemäßen vollständigen Abzug der sowjetischen Truppen am 15. Februar 1989 wütet der Krieg weiter, der zahllose Menschenleben kostete und über fünf Millionen Afghanen aus ihrer Heimat vertrieb. Seitdem der östliche Eindringling und gemeinsame Feind das Feld räumte, haben sich die traditionellen Spannungen zwischen den Stämmen und Clans, zwischen

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217  
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 62,50  
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Printed in Germany  
mit 100% recyceltem  
Papier



islamischen Fundamentalisten und Gemäßigten wieder verschärft. Die Mudjahedin und ihr langer Widerstandskampf gegen die gewaltsamen Modernisierungsversuche der Kommunisten finden nicht mehr die ungeteilte Zustimmung einer Bevölkerung, die durch Bomben aus ihren Häusern vertrieben wird und deren Überleben in den kommunistisch regierten Städten nur noch durch Nahrungsmittellieferungen aus der UdSSR gesichert werden kann.

Von einer Regionalisierung des Afghanistan-Konflikts kann indessen kaum gesprochen werden. Beide Supermächte stützen ihre jeweiligen Schützlinge weiterhin massiv mit Waffen. Die Militärhilfe der UdSSR soll in diesem Jahr einen Umfang von rund drei Milliarden Dollar erreicht haben. Die USA, die fälschlicherweise mit einem raschen Zusammenbruch des Nadjibullah-Regimes nach dem Truppenabzug rechnete, scheinen immer noch auf eine militärische Lösung zu setzen. Sie sind nicht zu einem Lieferstop bereit, solange die Demokratische Volkspartei Afghanistans (DVPA) an der Macht ist. Damit blockieren sie letztlich die Friedensinitiative der Vereinten Nationen, die auf die Einberufung einer breit angelegten afghanischen Nationalversammlung setzt. Die Siebener-Allianz, lokale Widerstandsführer, Stammesälteste und Königstüme sollen daran beteiligt werden. Auf diesem Weg könnte einer Dominanz der selbsternannten fundamentalistischen „Interims-Regierung“ vorgebeugt werden. Auch die herrschenden Kommunisten würden auf eine Randstellung gedrängt, müßten allerdings als gleichberechtigte, an den Wahlen teilnehmende Partei anerkannt werden.

Diese bittere Pille werden die USA wohl schlucken müssen, wenn sie nicht wollen, daß die gemäßigten demokratisch-orientierten Kräfte des Landes zwischen den Fronten zerrieben werden. Gerade diese Gruppen gilt es zu stützen. Die afghanische Selbstbestimmung darf nicht auf Kosten der Menschenrechte verwirklicht werden.

(-/21.12.1989/st/ks)

\* \* \*

Das Wunder auf der Nordsee

-----  
Zur Einstellung der Giftmüllverbrennung auf der Nordsee

Von Manfred Opel MdB

Man wird fatal an Wackersdorf erinnert. Jahrelang wurden dort Mauer und Stacheldraht errichtet. Jahrelang wurde dort auf Demonstranten eingepöbeln. Angeblich war die Wiederaufarbeitungsanlage lebenswichtig für die deutsche Atomwirtschaft. Das Aus kam über Nacht durch die Industrie.

Genauso erging es jetzt dem Giftmüll-Minister Töpfer. Noch vor wenigen Tagen hat er, unterstützt durch die Westküstenabgeordneten der CDU im Bundestag lauthals verkündet, man könne die Giftmüll-Verbrennung auf See nicht vor 1994 stoppen. Jetzt hat die für die Verbrennung auf See zuständige Gesellschaft verkündet, sie würde ihre Giftmüllverbrennungen umgehend einstellen. Genau dies ist aber nach Angaben von Minister Töpfer und seinen parlamentarischen Helfern aus Schleswig-Holstein und Niedersachsen überhaupt nicht möglich. Eine größere Blamage kann man sich eigentlich nicht vorstellen.

Wir werden sehen, daß der Industrie sehr rasch neue Lösungen einfallen. Man wird die Wertstoffe aus dem Giftmüll herausziehen und einer Wiederverwendung zuführen. Darüber hinaus ist der Giftmüll durch Ballaststoffe erheblich angereichert. Auch diese kann man aus dem Abfall herausziehen. Damit reduziert sich das Entsorgungsproblem auf seinen eigentlichen Kern. Es gibt an Land bereits ausreichende Verbrennungsanlagen. Sollte im einen oder anderen Fall noch keine geeignete Verbrennungsanlage zur Verfügung stehen, so kann der konzentrierte Giftmüll zwischengelagert werden, bis in wenigen Monaten geeignete Verbrennungsanlagen zur Verfügung stehen.

Einmal mehr wurde die Union durch die Industrie blamiert. Vielleicht ist dies eine Lehre auch für jene Abgeordnete, die vergessen haben, daß sie eigentlich für die Interessen ihrer Bevölkerung an der Nordseeküste eintreten müßten.

(-/21.12.1989/vo-he/rs)

### Statt Flächenstillegungen extensive Nutzung

---

Ein unbrauchbares Instrument muß aufgegeben werden

Von Willi Görlach MdEP

Um die Überproduktion zu drosseln, wird in der EG seit einem Jahr eine Prämie für die Stilllegung von Agrarflächen gezahlt. Dieses Instrument hat kaum Wirkung gezeigt und dort wo es angewandt wurde, hat es vorwiegend die Aufgabe kleiner Betriebe in benachteiligten Agrarregionen zur Folge gehabt.

Der Vorschlag der Kommission und einer Reihe von Mitgliedsländern, die Stilllegung durch höhere Zahlungen attraktiver zu machen, steigert die Gefahr, daß sich Landwirtschaft aus den schwachen Agrarregionen weiter zurückzieht und in guten Bodenbereichen die Intensivierung weiter zunimmt. Die völlige Stilllegung von Flächen war insofern ein falscher Ansatz und deshalb fordern die Sozialdemokraten im Europäischen Parlament, daß die Flächenstilllegung in ein umfassenderes Programm mit der Extensivierung zusammengefaßt wird.

Maßnahmen im Naturschutz, Extensivierung und biologischer Landbau nachwachsende Rohstoffe (mit Ausnahme Bioäthanol aus Getreide) und wo sinnvoll auch Aufforstungen: dies sind eine Palette von Möglichkeiten, die zur Marktentlastung und Preisstabilisierung von Überschußprodukten führen können und nicht als Sterbehilfe für bäuerliche Betriebe wirken wie die phantasielose Prämierung von Flächenstillegungen.

Görlach: „Solange diese Richtungsänderung von der Kommission nicht aufgegriffen wird, können wir Sozialdemokraten einer Erhöhung der Flächenstilllegungsprämie nicht zustimmen!“

(-/21.12.1989/vo-hs/st)

\* \* \*

**Bürokratisierung siegt**

**Stichtagsregelung contra Kinder deutscher Mütter**

Von Thomas Schröder MdB

Die „Interessengemeinschaft der mit Ausländern verheirateten Frauen“ hat sich gegenüber der SPD-Bundestagsfraktion über die Situation der Kinder deutscher Mütter und ausländischer Väter beklagt.

Im Jahre 1975 trat die Reform des Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes in Kraft. Dadurch erwarben circa 180.000 Kinder deutscher Mütter und ausländischer Väter die deutsche Staatsangehörigkeit.

Ausgeschlossen vom Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit bleiben all diejenigen, die vor dem 31. März 1975 geboren wurden.

Denn die Gesetzesreform von 1975 sieht vor, daß nur die Kinder, die zwischen dem 31. März 1975 und dem 1. Januar 1975 geboren wurden, die deutsche Staatsangehörigkeit durch einfache Erklärung erwerben konnten. Eine Verlängerungsfrist von drei Jahren wurde gewährt. All diejenigen, die in diesem Zeitraum, aus welchen vielfältigen Gründen auch immer, keine Erklärung abgegeben haben, sind nach wie vor Ausländer(innen), obwohl ihre Mütter Deutsche sind. Sie werden wie Ausländer behandelt und erhalten - in nicht wenigen Fällen - nicht einmal ein Einreisevisum, eine Aufenthalts- oder gar eine Arbeitserlaubnis!

In einer Anfrage an die Bundesregierung habe ich auf diese unverständliche Rechtslage hingewiesen und die Bundesregierung gefragt, wie sie dieser Menschen bedrückenden Situation begegnen wolle.

Die Antwort der Bundesregierung ist deprimierend:

Der Parlamentarische Staatssekretär im Innenministerium, Horst Waffenschmidt, erklärt in seiner Antwort, daß zwar die Kinder aus Ehen deutscher Mütter und ausländischer Väter nach wie vor als Ausländer(innen) bezeichnet und behandelt werden, diese somit „in verfassungswidriger Weise vom Geburtserwerb ausgeschlossen“ werden, aber eine Änderung des Erklärungsrechts auf Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit nicht zur Rede steht.

Es ist ein Skandal, daß sich die Bundesregierung an eine „Stichtagsregelung“ klammert, die vielen Kindern, die jetzt inzwischen Erwachsene sind, eine Lebensplanung unmöglich macht.

Es ist zynisch, wenn zum Beispiel auch bezüglich einer Teilhabe an demokratischen Rechten, Waffenschmidt die Betroffenen auf die Möglichkeit einer Einbürgerung verweist und sie damit der Bürokratie überläßt. Daß ein Einbürgerungsverfahren oft Jahre dauert und bis zu DM 5.000 kostet, scheint ihm offensichtlich unerheblich.

Ihm mußte doch die Konsequenz des Handelns der Bundesregierung klar sein: Die betroffenen Menschen benötigen ab ihrem 16. Lebensjahr eine Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis. Sie werden - wie jeder Ausländer und jeder Ausländerin - bestraft, wenn sie gegen die Auflagen und Bestimmungen des Ausländergesetzes verstoßen. Sie können sogar ausgewiesen werden.

Die SPD-Fraktion fordert die Aufhebung dieser inhumanen Regelung. Die Staatsangehörigkeit der Mütter muß das entscheidende Kriterium der Staatsangehörigkeit sein, und nicht eine willkürliche „Stichtagsregelung“.

(-/21.12.1989/va-he/st)

**DOKUMENTATION**  
=====

**Zu einer Wiedereinführung der Geheimpolizei darf es nicht kommen**

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Dr. Alfred Emmerlich hat sich in einem Schreiben an den Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristen (AsJ), Horst Isola, hinter das Thesenpapier gestellt, das unter Federführung Isolas zu den Aufgaben der Polizei im demokratischen Rechtsstaat erarbeitet wurde. Das Schreiben im Wortlaut.

Lieber Horst,

das unter Deiner Federführung entstandene Thesenpapier über Aufgaben und Kompetenzen der Polizei im demokratischen Rechtsstaat des Grundgesetzes habe ich mit Interesse gelesen.

Ihr habt eine Leistung vollbracht, die Anerkennung verdient.

Zu III.2 bitte ich folgendes zu erwägen: Heimliche Eingriffe in rechtlich geschützte Positionen von Bürgern sind in den genannten Ausnahmefällen gerechtfertigt. Es darf jedoch nicht dazu kommen, daß sie, wenn es zu ihnen gekommen ist, verheimlicht werden. Offenbarung ist, solange nicht zwingende Gründe entgegenstehen, gegenüber dem betroffenen Bürger erforderlich. Verheimlichung darf nicht stattfinden gegenüber der Dienstaufsicht, den Gerichten und den Parlamenten. Die dienstliche, die justizielle, die parlamentarische Kontrolle dürfen nicht eingeschränkt werden. Die heimlichen Ermittlungsmaßnahmen müssen in den Ermittlungsakten dokumentiert werden. Es darf unter keinen Umständen dazu kommen, daß die Polizei gesetzwidrig handelt, sogar Straftaten begeht.

Es ist auch unzulässig, daß polizeiliche Aufgaben, insbesondere Ermittlungen zur Aufklärung von Straftaten auf Privatpersonen übertragen werden.

Schließlich geht es auch nicht an, Privatpersonen, Privatunternehmen zur Wahrung ihrer Interessen Einfluß auf polizeiliche Ermittlungen einzuräumen oder polizeiliche Ermittlungen zu finanzieren.

Wir können nicht ja sagen zu Geheimpolizisten, weil der Geheimschutz, den sie beanspruchen und der ihnen gewährt wird, die dienstliche, justizielle und die parlamentarische Kontrolle einschränkt, weil Geheimpolizisten somit nicht zu kontrollieren sind, und die Geheimpolizei zwangsläufig zum Staat im Staate wird und die Gefahr nicht abzuwenden ist, daß Geheimpolizisten wegen des Geheimschutzes, den sie haben, die der Polizei gesetzten rechtsstaatlichen Grenzen überschreiten. Ich habe den Verdacht, daß diejenigen, die UCA (nunmehr verschämt „verdeckte Ermittler“ genannt) verlangen, der Polizei gerade diese Möglichkeiten verschaffen wollen.

Auch die verdeckten privaten Ermittler (die V-Leute) sollen vollen Geheimschutz genießen. Auch sie sind nicht zu kontrollieren, weder durch ihre V-Mann-Führer noch durch die Dienstaufsichtsführenden noch die Gerichte noch durch die Parlamente, schon gar nicht durch die Öffentlichkeit. Wenn sie (s. Mauss) bessere Ermittlungserfolge als Polizeibeamte erzielen, dann beruht das in der Regel darauf, daß sie die der Polizei gesetzten rechtsstaatlichen Schranken nicht beachten und daß sie gesetzwidrige, ja sogar strafbare Ermittlungsmethoden anwenden. In der Regel verfolgen V-Leute persönliche Interessen, vielfach solche, die moralisch oder sogar rechtlich zu beanstanden sind. Die Gefahr, daß solche V-Leute falsche Ermittlungsergebnisse produzieren, wenn es in ihrem Interesse liegt, und daß sie unlautere und rechtswidrige Mittel anwenden, ist riesengroß, so groß, daß es unabwendbar in einer Vielzahl von Fällen zu rechtsstaatswidrigen, die Grundsätze des fair trial und des fair play außer acht lassenden Verhaltens kommt.

Es wäre schlimm, wenn wir Sozialdemokraten der Wiedereinführung der Geheimpolizei zustimmen würden. Ganz unerträglich wäre es, wenn wir dulden würden, daß die Polizei im geheimen tätige, Geheimschutz genießende Privatermittler einsetzt.

Mit freundlichen Grüßen  
Dain

(-/21.12.1989/vo-he/st)